

richtet an den Funkmasten der Telekommunikationsfirmen.

Weil der Bundestag zum 1. Januar 2008 per Gesetz verfügt hat, dass sämtliche Verbindungsdaten ein halbes Jahr gespeichert werden müssen, existiert in den Archiven der Unternehmen ein retrogrades Profil, wann sich welcher Handy-Kunde wo aufgehalten und mit wem er kommuniziert hat – oder jemand anderes mit dessen Telefon. Man muss sich die Daten nur beschaffen, wie die Männer aus Oldenburg.

Die Beamten der „Soko Brücke“ arbeiten intensiv mit den 12 927 Telefonkontakten. Sie unterteilen sie nach verschiedenen Kriterien in einzelne Listen, mal sind es 152 Personen, geordnet nach Familiennamen, mal werden 35 E-Plus-Kunden herausgefiltert, die sich zwischen 19.15 Uhr und 20.15 Uhr an einem Ort in der Umgebung der Brücke aufhielten. Die Analyseprogramme spucken auch ein auffälliges Telefonat zwischen zwei Frauen um 19.46 Uhr aus und zwei Gespräche zwischen drei älteren Oldenburgern um 20.16 Uhr und 20.32 Uhr. Die Strafprozessordnung haben die Analysten dabei nach Einschätzung von Experten nicht immer im Blick.

Das erst Anfang 2008 überarbeitete Gesetz sieht vor, dass die Telefondaten ausgewertet werden dürfen, wenn „bestimmte Tatsachen“ den Verdacht begründen, dass jemand eine schwerwiegende Straftat begangen hat. Als „bestimmte Tatsache“

Die Daten Tausender Bürger wurden nach Zusammenhängen mit der Straftat durchsucht.

reicht den Oldenburger Kriminalpolizisten die Annahme, dass die mutmaßlichen Täter telefoniert haben könnten.

„Hier wurde etwas ganz anderes getan, als es im Gesetz vorgesehen ist“, sagt Andy Müller-Maguhn, der für den Chaos Computer Club den Fall untersucht hat. „Es wurden die Verbindungsdaten Tausender unschuldiger Bürger nach Zusammenhängen mit der Straftat durchsucht.“ Dabei werde jeder verdächtig, der sich zur falschen Zeit am falschen Ort aufgehalten habe. Müller-Maguhn nennt das „effektive Abschaffung der Unschuldsvermutung“.

Von einer „rechtlichen Grauzone“ und einem „Bereich, der juristisch nicht wirklich definiert ist“, spricht der Bielefelder Staatsrechtsprofessor Christoph Gusy. In der bisherigen Rechtsprechung findet sich zumindest der Hinweis auf die Verhältnismäßigkeit, die gewahrt bleiben müsse. Trifft ein Ermittlungsschritt zu viele unbeteiligte Personen, ist die Handy-Datenabfrage unrechtmäßig.

Einerseits geht es um Mord, es gibt nichts Schlimmeres, in einem solchen Fall erwartet man von der Polizei, dass sie viel unternimmt, um den Täter zu finden. Andererseits sind in Oldenburg bis zu 10 000

Bürger betroffen. „Der zur Begründung genannte Paragraf der Strafprozessordnung ist für eine solche Form der Breitbandaufklärung nicht geschaffen“, urteilt Gusy. „Das Vorgehen der Polizei ähnelt eher einer Rasterfahndung.“ Er habe nichts gegen intensive Ermittlungen, sagt H.s Anwalt Koch, „aber sie sollten rechtsstaatlich korrekt sein“.

Auf den mutmaßlichen Mörder kommen die Ermittler mit dieser Methode ohnehin nicht. Nikolai H. kommt zu ihnen, er wird zu Spur 479.

Am 5. April, einem Samstag, erscheint der Aussiedler auf der Wache und gibt an, er müsse mit der Polizei reden. Er habe den Holzklotz am Nachmittag des 23. März auf der Brücke liegen sehen und ihn zur Seite gelegt, er sei ein ordnungsliebender Mensch. Wenn sich seine Spuren auf dem Holzstück befänden, dann nur deshalb. Er sei nicht der Täter, er habe an dem Nachmittag Heroin auftreiben wollen und sei abends zu Hause geblieben.

Nikolai H. ist vorbestraft, wegen Diebstahls, Besitzes von Drogen, gemeinschaftlichen Raubs, fahrlässiger Trunkenheit, die Polizisten kennen ihn. Sie glauben ihm die Geschichte nicht. Ein Junkie mit Ordnungssinn? H.s Wohnung sieht aus wie ein Saustall.

Die Beamten prüfen auch seine Telefondaten, und siehe da: Von seinem Handy aus wurde am Abend nur Minuten nach der Tat telefoniert. Um 20 Uhr, 6 Minuten und 31 Sekunden verzeichnet O₂ ein Gespräch mit einem Freund – ein Bekannter, korrigiert H., richtige Freunde habe er nicht. Und wieder spielen die Handy-Daten eine entscheidende Rolle: Die Ermittler registrieren einen Abstrahlwinkel von 120 Grad für dieses Telefonat. Demnach wäre H. beim Funkmast Nr. 12 eingeloggt gewesen, also im Umfeld der Brücke. Wie zuverlässig diese Technik funktioniert, wird im Herbst ebenfalls ein Thema sein, wenn der Prozess in Oldenburg beginnt.

Wäre er Staatsanwalt, gibt H. am Ende der Vernehmung zu, würde er die Erklärungen auch nicht glauben, alles spreche gegen ihn.

Es ist jetzt nur noch eine Frage der Zeit, die Beamten kreisen ihn ein. Am 21. Mai, nachdem die „Soko Brücke“ ihn und einige Bekannte zu Beschuldigten erklärt und eine Weile abgehört hat, gesteht Nikolai H., dass er den Holzklotz auf Olga K. hin-abgestoßen habe, ganz allein. Er sei frustriert gewesen, weil er an jenem Abend keine Drogen hatte auftreiben können.

Beim Geständnis ist der Junkie auf Entzug, erst in der Pause lassen ihm die Ermittler Methadon verabreichen, sechs Milliliter, vielleicht hat dieser Umstand sein Geständnis beflügelt. Später widerruft Nikolai H., er sagt, er sei es doch nicht gewesen.

Bislang hat man ihm nicht geglaubt.

HOLGER STARK



BILDUNG

Feindliche Übernahmen

Weil in vielen Fächern Lehrer fehlen, machen sich die Bundesländer das Personal gegenseitig abspenstig – mit Geld und dem begehrten Beamtenstatus.

Erst baten sie ihn nur, dann boten sie auch Geld. 500 Euro, jeden Monat – nur damit er Lehrer an ihrer Schule bleibt.

Ingo Krause aber zog es weg. Er fand es rührend, dass die Schüler der Gustav-Heinemann-Oberschule im Berliner Stadtteil Marienfelde für ihn vor dem Landesschulamt demonstrierten. Er fand es bemerkenswert, dass die Eltern ihm sein Angestelltengehalt aufbessern wollten – der Förderverein versprach einen ordentlichen Zuschlag auf den Lohn. Doch die Schulverwaltung wollte die ungewöhnliche Gehaltserhöhung nicht genehmigen.

Spätestens in dem Moment war klar: „Ich konnte das Angebot aus Hamburg nicht ablehnen“, sagt Krause. Die dortige



Schulpolitiker Oettinger, Rau
4000 zusätzliche Lehrkräfte

NORBERT FÖRSTERLING / PICTURE-ALLIANCE / DPA



Arbeitsplatz Klassenzimmer (in München) „Ruiniöser Wettbewerb“

Kultusministerium von Doris Ahnen (SPD) mokierte sich über „die massiven Abwerbungsversuche seitens anderer Bundesländer, insbesondere aus Hessen“ – und bietet Bewerbern nun seinerseits bessere Bedingungen.

Was die Landespolitiker ärgert und antreibt, freut die Lehrer. Nicht nur Spitzenabsolventen, sondern auch Seiteneinsteiger haben plötzlich freie Auswahl unter mehreren Stellen. Hein Krott, 41, aus Bergisch Gladbach bei Köln arbeitete lange als Schallschutzspezialist für ein Ingenieurbüro, danach als Freiberufler und zuletzt als Trainer in einer Kletterhalle. Nun

Schulbehörde lockte mit einer Beamtenstelle, mehr Geld und weniger Unterrichtsstunden. Den Berliner Schülern muss der Wechsel ihres Englischlehrers wie eine feindliche Übernahme vorgekommen sein – die Hamburger Schulbehörde aber konnte sich über einen weiteren Sieg im Wettstreit der Bundesländer freuen.

Mit aller Macht versuchen derzeit manche Länder, die Leerstellen an ihren Schulen zu füllen. Sie wollen ihre letzte Chance nutzen, Pädagogen vor dem neuen Schuljahr anzuheuern – und werben deshalb offen auch hinter den eigenen Landesgrenzen. Der baden-württembergische Kultusminister Helmut Rau (CDU), der gemeinsam mit seinem Chef Günther Oettinger vorige Woche die Neuanstellung von 4000 zusätzlichen Lehrkräften ankündigte, schaltete jetzt Zeitungsannoncen in Schwerin und Sachsen. Sein hessischer Kollege Jürgen Banzer (CDU) ließ kürzlich in Uni-Städten wie Köln und Mainz gar Werbeplakate aufstellen.

Im deutschen Föderalismus, der den Konsens sucht und den Konflikt meidet, kommt eine solche Aktion beinahe einer Kriegserklärung gleich. „Das ist Brutalität pur und kein kooperativer Föderalismus“, sagt Ludwig Eckinger, Vorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung, der rund 140.000 Pädagogen vertritt. Er fürchtet einen „ruiniösen Wettbewerb“ der Länder. Für Marianne Demmer, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), hat die hessische Aktion „etwas von Kannibalismus“.

Die anderen Bundesländer wollen sich keineswegs kampflös geschlagen geben. Der Berliner Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) zum Beispiel hat den Einstellungstermin vorverlegt, um Bewerber frühzeitig zu binden.

Im niedersächsischen Landtag klagte Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) über die „Einstellungspolitik anderer Bundesländer auch zu Lasten der Nachbarländer“ – und lässt nun selbst in Thüringen nach Lehrern fahnden. Das rheinland-pfälzische



Englischlehrer Krause: Demo vor dem Landesschulamt

wird er heftig von Schulleitern umworben, deutschlandweit.

Weil Nordrhein-Westfalen so dringend Physiklehrer suchte, konnte der Ingenieur vor zwei Jahren noch ein Referendariat absolvieren. Zuletzt unterrichtete er an einer Gesamtschule in Bergisch Gladbach, doch dort wird er nicht bleiben. Drei Angebote aus Hessen und Baden-Württemberg hat er noch standhaft abgelehnt, beim vierten wurde er schwach. Nächste Woche, zum Schulstart in Hessen, wechselt er nach Dieburg. „Die Bedingungen sind einfach zu verlockend“, sagt er. In Hessen bekommt Krott mehr Geld, rund 2500 Euro netto statt bisher 1800, und kann noch Beamter werden.

Der Eintritt in den Staatsdienst ist ein wichtiges Lockmittel der Länder. In Hessen gilt ein Höchstalter von 50 Jahren, in Nordrhein-Westfalen von 35 Jahren – ein bedeutendes Argument für Seiteneinsteiger wie Krott. Doch auch für jüngere Lehrer kann die Verbeamtung zum entscheidenden Faktor werden. Die meisten ostdeutschen Länder bieten nur Angestelltenverträge und leiden damit unter einem klaren Wettbewerbsnachteil.

„Wir haben innerhalb von zwei Jahren vier Lehrer nach Hamburg verloren und einen nach Bayern“, berichtet der Berliner Schuldirektor Karl Pentzliehn, der auch

den begehrten Englischlehrer Krause ziehen lassen musste. Besonders unmittelbar an der ehemaligen innerdeutschen Grenze kämpfen Schulen mit dem Problem, dass der Weg in den beamteten Westen für ihre Lehrer nicht weit ist. In Mecklenburg-Vorpommern beobachtet die GEW-Landesvorsitzende Annett Lindner, „dass Lehrer im Westen des Landes lieber nach Schleswig-Holstein pendeln“.

In den alten Bundesländern muss ein Kultusminister schon deshalb den Beamtenstatus offerieren, weil die Kollegen es tun. Hamburg kehrte zum Beamten-System zurück, um mit den Nachbarn Schleswig-Holstein und Niedersachsen gleichzuziehen. Auch Bremen machte Lehrer wieder zu Staatsdienern, weil die Konkurrenz

der anderen Nord-Staaten zu groß und zu nah war.

Manche Stellen bleiben dennoch unbesetzt, vor allem in Fächern wie Mathematik, Physik, Chemie, Latein, Religion, Englisch und Musik. Die Gründe für den Mangel sind vielfältig: Viele Pensionierungen, wenige Referendare, mehr Gymnasialisten und der Wunsch nach kleineren Klassen tragen zu dem Engpass bei.

Die Bremerhavener machen sich deshalb schon außerhalb Deutschlands auf die Suche. Mindestens elf Englischlehrer holten sie aus

Großbritannien, in der Partnerstadt Stettin fand sich eine Lehrerin für Chemie, Physik und Mathe. Die Schulbehörde will nun weitere Kräfte in Polen rekrutieren. Wird die Lehrersuche also in Zukunft zu einem europaweiten Wettbewerb?

In Baden-Württemberg kämpft das Hartmanni-Gymnasium in Eppingen schon heute nicht nur mit der Konkurrenz aus Hessen oder Rheinland-Pfalz. „Die Lehrer gehen auch in die Schweiz, weil dort die Attraktivität des Schuldienstes deutlich höher ist“, sagt der stellvertretende Schulleiter Bernd Eigenmann.

Und nicht mehr fern scheint der Tag, an dem Pädagogen Richtung Niederlande ziehen. Das Nachbarland lockt mit einem Stipendienprogramm für Deutschlehrer, die Bewerber müssen kein Wort Niederländisch sprechen. „Da in den Niederlanden Lehrermangel herrscht, sind die Berufsaussichten für erfolgreiche Absolventen sehr gut“, verheißt die Ausschreibung.

Der Bedarf ist so groß, dass manche niederländische Schule neuerdings Prämien auslobt. Die Lehrer sollen zu Kopfgeldjägern werden: Für jeden Kollegen, den sie an ihre Schule vermitteln, erhalten sie eine Bonuszahlung.

ANDREA BRANDT, NICOLE SEROCKA,
MICHAEL SONTHEIMER, MARKUS VERBEET